HAMBURG **20.** Jahrgang
#59 Mai/Juni 2025

Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



Foto: Bundesregierung/Marvin Ibo Güngör

SOZIALPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND

Nach einem Fehlstart wurde Friedrich Merz im zweiten Versuch vom Bundestag zum Kanzler gewählt und eine neue Regierung vereidigt. Der Start der neuen Bundesregierung findet in einem schwierigen Umfeld statt.

Stagnierende Wirtschaft, Trumps willkürliche Zollpolitik, kriegerische Auseinandersetzungen und ein sich immer schneller erwärmender Planet. Was für Antworten hat die neue Bundesregierung? Der alte Bundestag hat mit 500 Milliarden Sonderschulden über 12 Jahre den Weg für Investitionen in die marode Infrastruktur frei gemacht. Auch wenn die Schuldenbremse nicht gänzlich aufgehoben wurde, ein richtiger Schritt zur richtigen Zeit. Ausreichen wird die Summe jedoch nicht, um den Investitionsstau zu beseitigen. Gleichzeitig wurde die Schuldenbremse für eine einzigartige Hochrüstung dauerhaft ausgesetzt. Rüstungsausgaben sind damit in unbegrenzter Höhe möglich.

Das Geldvermögen privater Haushalte erreichte zum Jahresende 2024 mit über 9 Billionen Euro einen neuen Höchststand. Allerdings befindet sich davon die Hälfte auf den Konten der vermögendsten zehn Prozent der deutschen Haushalte. Überreichtum und Armut nehmen rasant zu, von Umverteilung ist im Koalitionsvertrag jedoch keine Rede. Vermögenssteuer oder Besteuerung großer Erbschaften – Fehlanzeige.

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

3 GESCHLECHTERENTGELTLÜCKE
Der »Gender Pay Gap« ist eine Ursache für weibliche Armut im Rentenalte. »Gleiches Geld für gleiche Arbeit«!

4 FLÜCHTLINGSSCHIFF »ST. LOUIS« UND DAS ASYLRECHT IM GRUNDGESETZ
Mai 1939 und Remigrationsfantasien heute

6 PRO UND KONTRA
Frieden und Sicherheit – Wie kann der Weg dahin aussehen? Erik Merks und Heinz-Dieter Wenck haben aus ihrer persönlichen Sicht Stellung bezogen

6 PRO: WARUM AUFRÜSTUNG NOTWENDIG IST
Die NATO ist zweifellos ohne militärisches Engagement der USA bei einem russischen Angriff nicht verteidigungsfähig.

7 KONTRA: DURCH SÄBELRASSELN WURDE NOCH KEIN KRIEG VERHINDERT
Wachstum durch Hochrüstung? Dieses Geld sollte anders investiert werden.

8 MELDUNGEN
Die Reichen haben unser Klima versaut | Nachruf auf den Internationalen Frauentag 2025

Was bedeutet das nun für die Sozialpolitik? Mit der Sozialdemokratin Bärbel Bas, als Ministerin für Arbeit und Soziales, ist zwar eine Frau aus einfachen Verhältnissen (Vater Busfahrer, Mutter Hausfrau) im Kabinett des »Mittelstandmillionärs« Friedrich Merz, eine Garantie gegen Sozialabbau ist das aber nicht. Ihr Vorstoß zu einer Rentenversicherung, in die alle einzahlen, einer Erwerbstätigenversicherung, ist richtig, aber leider kein Bestandteil des Koalitionsvertrags.

Der Koalitionsvertrag ist durchzogen mit Begriffen wie »wir wollen« oder »wir werden«. Es soll »geprüft« werden oder eine Kommission wird eingesetzt. Ohnehin steht das meiste unter Finanzierungsvorbehalt. Beim »überbordenden Sozialsystem« stehe alles auf dem Prüfstand, erklärte Kanzler Merz vor wenigen Monaten. Das rhetorische Aufgebot, Generationen gegeneinander aufzuhetzen oder Leistungsträger gegen sogenannte »Sozialschmarotzer« auszuspielen, hat eine neue Qualität. Da verwundert es niemanden, wenn der Arbeitgeberverband eine Erhöhung des Rentenalters, die Senkung des Rentenniveaus und höhere Abschläge beim vorzeitigen Renteneintritt fordert. Genauso diskutieren Arbeitgeber in aller Öffentlichkeit darüber, Feiertage und Karenztage bei Krankheit abzuschaffen sowie das Arbeitszeitgesetz zu Ungunsten der Arbeitnehmenden zu verändern.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beurteilt den Koalitionsvertrag als die Rückkehr zum »harten Sozialsystem«, bei dem viele Menschen auf der Strecke bleiben. Ob damit das Vertrauen in die Politik zurückkehrt? ■

Günter Hameister

DAS STEHT IM KOALITIONSVERTRAG

Rente

- Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent nur bis 2031
- Renten-mindernder Nachhaltigkeitsfaktor bleibt
- Frühstartrente: konkret soll jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, ab dem 1. Januar 2026 pro Monat zehn Euro vom deutschen Staat bekommen. Dieses Geld soll in ein »individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot« fließen. Zur Auszahlung soll das angesparte Geld erst mit Eintritt in die Altersrente kommen, zumindest was die Inflation bis dahin übriglässt.
- Reform der gescheiterten Riesterrente
- Gleichstellung aller Mütter bei der Mütterrente
- Aktivrente: Vorteile für Menschen, die nach der Rente weiterarbeiten
- eine Rentenkommission soll neue Kenngrößen für die Zukunft erarbeiten
- keine grundlegende Reform, wie eine Erwerbstätigenrente, vorgesehen

Pflege und Gesundheit

- Pflegegeld für pflegende Angehörige nur Prüfauftrag
- keine Lösung für die enormen Pflegebeiträge in Pflegeheimen
- Leistungsniveau der Gesundheitsversorgung soll gesichert werden
- Krankenhausreform wird fortgesetzt
- Defizit bei Kranken- und Pflegeversicherung soll ausgeglichen werden, ohne Beitragserhöhung – aber wie?
- neue Kommission soll bis Frühjahr 2027 Maßnahmen vorschlagen

Bürgergeld und Mindestlohn

- Bürgergeld soll durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden, Details unklar
- verstärkte Sanktionierung bis zur vollständigen Leistungskürzung
- bei Arbeitslosigkeit Vermittlungsvorrang durch Jobcenter, egal welcher Qualifizierung
- Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen – Entscheidung liegt bei Mindestlohnkommission



GESCHLECHTERENTGELT LÜCKE

Der »Gender Pay Gap« ist eine Ursache für weibliche Armut im Rentenalter. Er beschreibt den Verdienstabstand pro Stunde zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit, die Geschlechterentgeltlücke.

Zu diesem Thema hielt die Kollegin Petra Weidemann am 27. März auf der Delegiertenversammlung Region Hamburg folgenden Beitrag:

Moin Delegierte,

eine Lohnlücke betrifft eure Kolleginnen, Mütter, Frauen und Töchter. Sie wird auch Gender Pay Gap genannt. Die durchschnittliche Geschlechterentgeltlücke liegt in Hamburg immer noch bei 18 Prozent, im Bund jetzt bei 16 Prozent.

Eine Erklärung dafür ist die sogenannte »Gläserne Decke«: Ab der Familienphase laufen männliche und weibliche Einkommen nicht mehr parallel. Ob Kinder oder keine, Frauen leiden immer noch unter dem Vorurteil, hauptverantwortlich für Kinder, Küche und Pflege zu sein. Deshalb werden Männer im Job bevorzugt. Der finanzielle Nachteil für Frauen macht sich mit zunehmendem Alter immer mehr bemerkbar und endet mit einer geringen Rente.

Der Gender Pay Gap unterscheidet zwischen Beschäftigten mit und ohne Tarif. Die Lücke ist ohne Tarifverträge noch größer. Aber auch tarifgebund sind es 10 Prozent weniger Geld! Also, unsere Kolleginnen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen! Warum?

> Es ist ungerecht! Unser IG Metall-Prinzip ist »Gleiches Geld für gleiche Arbeit«! Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dass dies auch für »gleichwertige« Arbeit gilt, ist immer noch nicht umgesetzt.

Wir wünschen uns von euch, dass ihr euch informiert und die Entgeltlücke zwischen Mann und Frau zum Thema macht – in euren Betrieben und bei den Vertrauensleuten. Redet über das Thema, verbreitet Informationen! Wollt ihr wirklich länger in einer ungerechten Arbeitsumgebung arbeiten? Es gibt Handlungsmöglichkeiten, z.B. das Entgelt-Transparenz-Gesetz.

Die Entgeltlücke ist Spiegelbild gesellschaftlicher Ungleichheiten. Tarifverträge sind gut, aber nicht gut genug. Wir brauchen Quoten, z.B. für Ausbildungsplätze, Weiterbildung, Erziehungsurlaub und Einstellungen. Wenn wir nicht noch 100 Jahre warten wollen, müssen wir die Gleichberechtigung »entern«. Als Symbol dafür verteilten wir vor Jahren IG Metall-Piraten-Ente mit der Aufschrift: »Quote entern«.

Unsere Arbeitszufriedenheit hängt von der Bezahlung ab, die auch unsere Zukunftssicherung ist. Wir Frauen müssen darauf achten, dass unsere Partner nicht unsere Altersvorsorge sind. Wir wollen ein gleichberechtigtes Leben! ■

Katrin Lohse

FLÜCHTLINGSSCHIFF »ST. LOUIS« UND DAS ASYLRECHT IM GRUNDGESETZ

Am 13. Mai 1939 wurde die »St. Louis« mit über 900 Jüd:innen an Bord auf die Ausreise nach Kuba, dem damaligen Vorhof der USA, verabschiedet. Nazi-Deutschland hatte ihnen zu Propagandazwecken die Ausreise erlaubt. Allerdings durften sie nur 10 Mark mitnehmen, waren also bettelarm.

Auf Kuba angekommen durften aber nur 22 Jüd:innen das Schiff verlassen – eine reiche Familienangehörige soll dafür gesorgt haben. Alle anderen mussten an Bord bleiben, obwohl sie entsprechende Ausweispapiere hatten. Versuche, in anderen Ländern der Karibik, auch der USA, an Land zu kommen, scheiterten. Nach einem US-Gesetz durften nur wenige Flüchtlinge in die USA einreisen. Die Wartelisten waren für Jahre besetzt.

So blieb Kapitän Schröder nichts anderes übrig, als nach Deutschland zurückzukehren. In seiner Verzweiflung wollte Schröder schon das Schiff vor England verunglücken lassen. Doch vorher kam es zu einer Einigung zwischen England, Frankreich, Holland und Belgien. Diese erklärten sich bereit, in der Reihenfolge 288, 224, 214 und 181 Flüchtlinge aufzunehmen. Im Zuge des von Deutschland gestarteten 2. Weltkrieges waren die drei letztgenannten Länder keine »sicheren Staaten« mehr. 87 Flüchtlinge aus diesen drei Staaten konnten weiter fliehen. 254 Personen wurden von den deutschen Besetzern gefasst und ermordet.

Tatsächlich scheiterte die Flucht vor der Naziverfolgung von Jüd:innen, verfolgten Minderheiten oder politischen Gegner:innen in tausenden Fällen an der Aufnahmeverweigerung etlicher Staaten. Für viele Flüchtlinge endete die ersehnte Rettung mit dem Tod in einem der zahlreichen Konzentrationslager.

Auch aus historischer Verantwortung fand 1949 mit dem Paragraf 16 ein weitgehendes Asylrecht Eingang in das Deutsche Grundgesetz. Besonders Carlo Schmid (SPD) und Herrmann von Mangoldt (CDU) hatten sich erfolgreich dafür stark gemacht. In den Jahren 1993 und 2015 wurde das Asylrecht im Paragraf 16a neu geregelt und erheblich eingeschränkt. Zwischenzeitlich dominierte der Umgang mit Asylsuchenden und hier lebenden Migrant:innen die Debatte. Ein Überbietungswettbewerb in einer Verschärfung der Asylpolitik in Politik und Medien spülte immer neue verschärfte Forderungen an die Oberfläche. Europäisches Recht oder die UN-Völkerrechtskonvention sind schon lange keine roten Linien mehr. Zurückweisungen an den Grenzen, Abschiebehaft, vermehrte Abschiebungen, eine Liste fragwürdiger sicherer Herkunftsländer und Aussetzung des Familiennachzugs sind nur einige Beispiele eines verschärften Umgangs mit nach Sicherheit und Hilfe suchenden Menschen.

Als im Januar 2024 die Remigrationsfantasien der Ultrarechten auf einem Treffen in Potsdam publik wurden, gingen Hunderttausende auf die Straße, um sich dagegen zu wehren. Es wird Zeit sich der historischen Verantwortung wieder zu erinnern, statt den Parolen der AfD hinterher zu hecheln. ■

Heinrich Dannenberg



Passagiere im Hafen.
Havanna, Kuba, 3.Juni 1939.
Fotosammlung: United States Holocaust Memorial Museum

Herzlos und unmenschlich

Papst Franziskus ist gestorben. Führende Politiker eilten zu seiner Trauerfeier und priesen ihn als Papst, der stets auf der Seite der Armen und sozial Benachteiligten stand.

Genau dieser Papst war es, der seine erste Dienstreise nach Lampedusa unternahm. Damals geißelte er das Verhalten der Politiker:innen, die lieber tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken ließen, als diesen Mensch zu helfen, als herzlos – ihr Verhalten als unmenschlich.

Russland führt in der Ukraine bereits seit über drei Jahren Krieg. Wir alle sehnen uns nach Frieden und Sicherheit. Aber wie kann der Weg dahin aussehen? Wie kann ein friedliches Zusammenleben gelingen und was ist dafür notwendig?

Diese Frage wird auch unter den IG Metall-Mitglieder*innen kontrovers diskutiert. Reichen die diplomatischen Bemühungen aus, müssen wir immer mehr Waffen liefern und weitere Sanktionen erheben? Schützen wir uns mit einer gigantischen Hochrüstung oder schaffen wir damit mehr Unsicherheit?

In einem PRO und KONTRA haben unsere Kollegen Erik Merks und Heinz-Dieter Wenck aus ihrer persönlichen Sicht Stellung bezogen.



PRO

WARUM AUFRÜSTUNG NOTWENDIG IST

Die NATO ist zweifellos ohne militärisches Engagement der USA bei einem russischen Angriff nicht verteidigungsfähig. Die Bundeswehr ist mit Mühe in der Lage, sehr begrenzte Auslandseinsätze zu leisten.

Dies alles war so lange kein Problem, wie ein Angriff eines europäischen Landes auf ein anderes praktisch undenkbar erschien. Selbst die Annexion der Krim durch Russland in 2014 hat bei Wenigen ein Umdenken bewirkt. Der als »militärische Spezialoperation« verharmloste Überfall auf die Ukraine mit mindestens 200.000 Toten, noch mehr Verletzen, etwa 10 Millionen Vertriebenen und einer unverhohlenen Glorifizierung des Krieges lässt keine Zweifel an der Gefahr, der ein nicht verteidigungsfähiges Europa ausgesetzt ist.

Nun kostet die zur Abschreckung erforderliche Aufrüstung Europas erhebliche Mittel, die bestimmt besser eingesetzt werden könnten. Aber leider müssen wir diesen Preis zahlen, um weiterhin ohne die akute Gefahr russischer »Spezialoperationen« sicher und in Freiheit in Europa leben zu können.

Die Vorstellung, der russischen Aggression könne ohne Abschreckung allein durch Diplomatie begegnet werden, ist unrealistisch. Russland betont ständig, die »militärische Spezialoperation« werde so lange fortgesetzt, bis alle Ziele, d.h. die vollständige Eroberung der ukrainischen Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson erreicht und in der Restukraine eine Russland zugewandte Regierung eingesetzt sei. Wo ist da ein Verhandlungsspielraum? Und wäre dieser Zustand erreicht, sähe es da nicht düster aus für die baltischen Staaten und Moldawien?

Wenn Klaus von Dohnanyi als energischer Aufrüstungsgegner schreibt: »Dieser Krieg hatte aus russischer Sicht auch seine besonderen Gründe, die in der historischen Beziehung zwischen Russland und der Ukraine liegen.«, so sind es gerade diese negativen historischen Erfahrungen mit Russland, die die osteuropäischen Staaten und auch Finnland nicht ohne Grund das Schlimmste befürchten lassen. ■

Heinz-Dieter Wenck

Verteidigungsausgaben

Bundesaußenminister Johann Wadephul hat sich hinter die Forderung von US-Präsident Donald Trump nach einer massiven Erhöhung der Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten gestellt..

Man folge Trumps Einschätzung, dass fünf Prozent der Wirtschaftsleistung notwendig sei, sagte der CDU-Politiker bei einem NATO-Außenministertreffen am 15. Mai in der Türkei nach einem Gespräch mit US-Außenminister Marco Rubio. Das entspräche etwa 225 Milliarden Euro und somit fast die Hälfte des Bundeshaushalts für 2025 mit 488,67 Milliarden Euro.

KONTRA

DURCH SÄBELRASSELN WURDE NOCH KEIN KRIEG VERHINDERT

...im Gegenteil, Säbelrasseln bereitete alle Kriege vor!

Das kapitalistische Grundprinzip Wachstum funktioniert in der freien Wirtschaft aktuell nicht mehr. Aufrüstung wird in Regierungskreisen offensichtlich als Lösung gesehen. Diese wird der Bevölkerung als lebensnotwendig verkauft. Dafür bietet sich Russland durch den Angriff auf die Ukraine an. Infolgedessen ist die Bundesrepublik zum Staat mit den vierthöchsten Rüstungsausgaben geworden, hinter den USA, China und Russland und weit vor den anderen europäischen Staaten (Quelle: SIPRI). Damit nicht genug, die Bundesregierung plant zukünftig 5 Prozent der Wirtschaftsleistung für Rüstung auszugegeben, bisher waren es 1,9 Prozent.

Der 80. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands wurde in Berlin nicht als Tag der Befreiung gefeiert, er wurde zum Propagandatag für die Aufrüstung. Zweimal hat Deutschland die Welt in Kriege gestürzt. Zwei Weltkriege mit Elend, Mord und Vernichtung gehen auf das deutsche Streben nach Weltherrschaft zurück. Deutschland hat eine koloniale Vergangenheit, derer man sich schämen muss. Ein wenig deutsche Bescheidenheit wäre 80 Jahre nach Kriegsende angebracht.

Anstatt sich zur europäischen Führung der Hochrüstung aufzuspielen, zum weltweiten Retter der Freiheit mit militärischer Stärke, sollte die deutsche Diplomatie wiederbelebt werden. Deutschland als fünftgrößter Waffenexporteur liefert seit vielen Jahren Waffen in Kriegsgebiete, wie nach Ägypten im Konflikt mit Jemen, nach Libyen, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei im Kampf gegen die Kurden.

Seit dem Jugoslawienkrieg, ohne UNO-Mandat, beteiligte sich Deutschland an internationalen Kriegseinsätzen, von denen die meisten mit vielen Toten, der Vernichtung von Ressourcen und mit Trümmerfeldern endeten (Afghanistan und Mali, um nur zwei zu nennen). Allen Befürworter:innen der Hochrüstung und der Kriegsvorbereitung müsste bewusst sein, dass Russland nicht von der Landkarte getilgt werden kann, es sei denn man riskiert die atomare Katastrophe. Es führt kein Weg daran vorbei, sich mit Russland trotz zunehmender Feindschaft zu arrangieren.

Wachstum durch Hochrüstung! 80 Millionen Menschen spüren nichts von diesem Wachstum. Aktuell spüren nur Rüstungskonzerne etwas von einem wirtschaftlichen Aufschwung, denn Krieg ist ihr Geschäft. Der Aktienkurs von Rheinmetall dümpelte vor 2022 im zweistelligen Bereich kümmerlich vor sich hin. Heute hat er sich mehr als verzwanzigfacht.

Statt in Aufrüstung sollte lieber in Bildung, Infrastruktur, ein Lebensstandardsicherndes Rentenniveau etc. investiert werden. Hier wird das Geld dringend benötigt. Mehr Diplomatie wagen würde unserer Außenpolitik guttun. Mehr außenpolitische Ausgewogenheit, statt Hochrüstung. ■

Erik Merks

MELDUNGEN

Die Reichen haben unser Klima versaut

Im Fachmagazin Nature Climate Change erschien vor kurzen eine Studie über die Auswirkungen großen Reichtums auf die Klimaerwärmung. Danach waren die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für fast die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Den Forschenden gelang es erstmalig zu zeigen, inwieweit sie das für Klimafolgen verantwortlich macht. Laut den Berechnungen sind die reichsten zehn Prozent für zwei Drittel der globalen Erderwärmung seit 1990 verantwortlich. Wenn die gesamte Weltbevölkerung so viele Treibhausemissionen ausgestoßen hätte wie die untersten fünfzig Prozent, hätten wir heute nur eine minimale Erderwärmung. Hätten wir alle jedoch so viel ausgestoßen wie die oberen zehn Prozent, wäre es heute bereits gegenüber 1990 um 2,9 Grad Celsius heißer. Was lernen wir daraus? Wir können uns die Überreichen schon lange nicht mehr leisten! ■

Nachruf auf den Internationalen Frauentag 2025

In Hamburg gingen 10.000 Demonstrant:innen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, mit ihren Forderungen auf die Straße. Es ging u.a. um gleiche Bezahlung und die Abschaffung des Paragrafen 218 (Strafbarkeit bei Abtreibung). Gewalt an Frauen und Femizide (Mord an Frauen, weil sie Frauen sind) wurden angeprangert und Abschaffung des Patriarchats gefordert. ■



Foto: Thomas Range

Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- Anregungen
- Vorschläge
- Kritik

Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf:	1. Juli, 5. August, 2. September, 7. Oktober
Hamburg:	24. September
Stade:	9. Juli, 13. August, 10. September, 8. Oktober

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) **erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:**

annabel.reich@igmetall.de

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzende: Christiane Benner
V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Ina Morgenroth, IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Redaktion: Günter Hameister, Heinrich Dannenberg, Gunter Drewes, Bernd Hahmeyer, Erik Merks, Heinz-Dieter Wenck
Anschrift der Redaktion: SENIOREN-ECHO c/o IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Telefon 040 284086-234
Kontakte: igm.senioren-echo@gmx.de Gestaltung: drucktechnik-altona.de/Peter Bisping/Jana Knaak. Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel